

Zeltweger NACHRICHTEN

Nummer 124

Ausgabe 124, Oktober 2021

Zeitung der **KPÖ ZELTWEG**

Periodisches Informationsblatt der steirischen KPÖ. Österreichische Post/AG Postengelt bar bezahlt

Verkauf der Gemeindewohnungen: Zustimmung des Landes noch ausständig

Im Mai hat der Gemeinderat den Verkauf von über einem Drittel der Zeltweger Gemeindewohnungen beschlossen, nur die SPÖ-GemeinderätInnen stimmten dafür. Damit der Verkauf rechtskräftig wird, muss ihm das Land Steiermark zustimmen, das ist noch nicht geschehen.

Dennoch findet sich der Verkaufserlös bereits im in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossenen Nachtragsvoranschlag. KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau hat daher dagegen gestimmt.

Die KPÖ hat sich seit Jahren gegen einen möglichen Verkauf von Gemeindewohnungen eingesetzt und vor den möglichen Folgen gewarnt. Nachdem Bürgermeister Günther Reichhold die Verkaufsabsicht verkündet hat, kam auch die ehemalige KPÖ-Wohnungsstadträtin und künftige Bürgermeisterin der Stadt Graz, Elke Kahr nach Zeltweg.



KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau, mit Bezirkssekretär Josef Meszlenyi und Stadträtin Elke Kahr

Sie betonte die Wichtigkeit von gemeindeeigenem Wohnraum. Die Gemeinde würde mit dem Verkauf wesentlichen Einfluss auf die Mietpreisgestaltung verlieren. Abgesehen von den sozialpolitischen Überlegungen müsste in der Krise allen klar sein, dass auch aus wirtschaftlichen Gründen ein Verkauf keine gute Idee ist.

Leider war es nicht möglich über die Argumente im Gemeinderat zu diskutieren. Die SPÖ entschied sich trotz anstehender Sitzung für einen Umlaufbeschluss, also eine Abstimmung per E-Mail. Gemeinderat Peter Lorberau kritisierte dieses Vorgehen deutlich. Wollte die SPÖ sich vor der Diskussion drücken? Außerdem brauchte sie alle ihre GemeinderätInnen um den Beschluss zu fassen, denn die Opposition war geschlossen dagegen. Wollte die SPÖ also auf diesem Weg sicherstellen, dass alle ihre MandatarInnen abstimmen? Jedenfalls ist diese Vorgangsweise eine undemokratische, die Zeltweger Bevölkerung, deren Eigentum verkauft werden soll, hatte keine Möglichkeit die Abstimmung zu verfolgen.

Die KPÖ hat nach dem Beschluss die betroffenen BewohnerInnen, mittels Flugblatt informiert und bietet Beratung für die MieterInnen an. Betroffene können sich bei Fragen unter 03512 822 40 melden.

Zeltweger NACHRICHTEN

Zeitung der KPÖ ZELTWEG

KOMPAKT

Gemeindewohnungen: SPÖ zieht Verkauf durch

Die SPÖ-GemeinderätInnen haben per Umlaufbeschluss (Abstimmung per E-Mail) den Verkauf von mehr als einem Drittel der Gemeindewohnungen beschlossen. Alle GemeinderätInnen der Opposition haben gegen diese Vorgangsweise gestimmt.

Die KPÖ lehnt den Verkauf von öffentlichem Eigentum grundsätzlich ab. „Die Gemeinde muss die Möglichkeit haben, die Höhe der Mieten in Zeltweg zu beeinflussen. Das kann sie nur wenn ihr ein wesentlicher Teil der Wohnungen auch selbst gehört. Durch den Verkauf verliert auch der Gemeinderat und damit die Bevölkerung Einfluss.“ So KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau.

Privatisierungen bringen der Gemeinde zwar kurzfristig Geld, langfristig aber nur mehr Kosten für die ZeltwegerInnen. Die Stadtgemeinde Zeltweg steht finanziell gut da, ein Verkauf ist absolut nicht notwendig. Der Käufer ist eine private Immobilienfirma, die mit unseren Wohnungsgewinnen machen will.

Mit der Stadt Zeltweg und der Bevölkerung hat dieses Unternehmen nichts zu tun.

Ihre Wohnung ist vom Verkauf betroffen. Was bedeutet das für Sie:

-Wenn das Land dem Verkauf zustimmt, bekommt ihre Wohnung einen neuen Eigentümer

-Der Mietvertrag bleibt vollumfänglich aufrecht! Lassen Sie sich nicht überreden einen neuen Vertrag zu unterzeichnen!

-Was der Verkäufer IBI Bischof mit den Wohnungen plant ist unklar. Er könnte sie zum Beispiel auch filetieren und einzeln oder häuserweise weiterverkaufen.

-Wenn Sie Fragen haben oder Beratung benötigen wenden Sie sich an KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau oder an den Mieternotruf der KPÖ unter 03512/822 40!

Rat und Hilfe
bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ:
03512/822 40

KPÖ

Casa Bugatti Leerstand in Zeltweg



Um die Errichtung der Playword, des Autohauses und der Casa Bugatti zu ermöglichen wurden Grundstücke in Spielberg umgewidmet. Die KPÖ hat sich von Beginn an gegen diese Umwidmungen und die Verbauung von Grünland ausgesprochen.

Bei der Casa Bugatti haben wir darüberhinaus darauf hingewiesen, dass es in Zeltweg bereits ein solches Geschäft gibt, dessen Existenz durch den Neubau in Frage gestellt wird. Genauso ist es gekommen.

Die Geschäftsflächen in Zeltweg stehen nun leer. Zuerst wurden in Zeltweg Freiflächen versiegelt um das dortige Einkaufszentrum zu errichten. In Spielberg ist man später den selben Weg gegangen. Die Betriebsansiedelung in einer Gemeinde führt zu Absiedelung in einer anderen Gemeinde - nur die Versiegelung des Bodens bleibt bestehen. Es ist endlich an der Zeit mit diesem Bbauungswahnsinn aufzuhören.

Aus dem Gemeinderat

Ausbau Regiobus

Die Buslinie 863 soll künftig auch vom Bahnhofplatz über die Tischlergasse zur Aichfeldhalle fahren. KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau hat bereits in der Vergangenheit mehrfach vorgeschlagen die Aichfeldhalle anzubinden. Wir freuen uns über die Umsetzung.

Stundenkontingent

Die Stundenkontingente für die mobilen sozialen Dienste wurden in der Gemeinderatssitzung erhöht. Peter Lorberau hat bereits beim ersten Beschluss nachgefragt wie vorgegangen wird, falls die Kontingente nicht ausreichen. Damals wurde eine Erhöhung zugesagt, diese wurde nun beschlossen.

Liebe Zeltwegerinnen und Zeltweger!

Gedanken zur Regierungskrise



Nach Hausdurchsuchungen in der ÖVP-Zentrale, im Bundeskanzleramt und bei Sebastian Kurz und dem Bekanntwerden von SMS aus dem Umfeld und vom Bundeskanzler selbst, ist die Türkis-Grüne Regierung in die Krise geraten. Die Grünen forderten den Rücktritt des Kanzlers, der sich aber zu halten versuchte und bastelten mit SPÖ, FPÖ und NEOS an einer Übergangsregierung. Schließlich trat Kurz doch zurück, also eigentlich nur zu Seite, er wird Klubchef der ÖVP im Parlament und das Amt des Bundeskanzlers übernimmt sein Vertrauter Alexander Schallenberg. Die Grünen geben sich damit zufrieden, die Koalition ist gerettet.

Das Schauspiel, dass wir hier erleben, verdeutlicht ein Bild von einer Politik die völlig abgehoben ist und keinerlei Bezug zu den Anliegen und Bedürfnissen der Menschen und keinen Respekt vor der Demokratie hat. Durch die Chatprotokolle wurde deutlich, dass Sebastian Kurz den Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung verhindert hat um der Regierung, der er selbst angehört hat zu schaden und selbst zum ÖVP-Chef aufzusteigen.

Schon zuvor wurde bekannt, dass der Kurz-Vertraute Thomas Schmid Menschen als Pöbel und Tiere bezeichnet hat. Der neue Bundeskanzler Schallenberg hat die ihm im Nationalrat übergebene Anordnung der Hausdurchsuchungen einfach achtlos auf dem Boden geworfen. Für diese Schicht an PolitikerInnen ist die Demokratie etwas Lästiges, dass sie in ihrer „Arbeit“ behindert. Sie verfolgen keine politische Vision, es geht ihnen einzig um ihre eigene Macht und um Posten und Profit für ihre FreundInnen. Das die Grünen dieses System durch ihre Regierungsbeteiligung stützen rundet das Bild ab und auch von den anderen Parlamentsparteien ist nicht viel zu erwarten.

Politik geht aber auch anders. Politik muss die Anliegen der Menschen in den Mittelpunkt stellen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Lobbygruppen und persönliches Machtstreben. Damit auch auf Bundesebene auf keinen Menschen vergessen wird braucht es auch im Nationalrat eine Kraft, die sich nicht kaufen lässt.

**Ihr KPÖ-Gemeinderat
Peter Lorberau
E-Mail: p.lor49@hotmail.com**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Josef Meszlenyi. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, LW-Nr. 944, 8720 Knittelfeld

Klimawandel - für eine Alternative zur Airpower!

Für eine ökologisch sinnvolle und wirtschaftlich nachhaltige Alternativveranstaltung zur Airpower im Murtal

Im nächsten Jahr soll wieder eine Airpower stattfinden. Eine lärmintensive Veranstaltung mit einem völlig sorglosen Umgang mit Umwelt und Ressourcen. In Anbetracht des Klimawandels und seiner immer deutlicher werdenden Folgen ist das für immer mehr Menschen unverständlich und hat eine verheerende Signalwirkung.

Wissenschaftlich wird der durch den CO₂-Ausstoss der letzten Jahrzehnte verursachte Klimawandel kaum mehr bestritten. Die Naturkatastrophen der letzten Monate (Hitzerekorde in Kanada, Überschwemmungen in Deutschland, Waldbrände in Russland....) lassen erahnen wie die Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit aussehen wird.



Die bekannte Klimaforscherin Helga Kromp erklärte, dass es mittlerweile um jedes Kilo an eingesparten Treibhausgasen gehe. Deshalb ist die Durchführung einer Veranstaltung wie der Airpower verantwortungslos.

Das empfinden viele Menschen so und deshalb ist man nun bemüht der Flugshow ein grünes Mäntelchen umzuhängen. Man möchte die Airpower als „klimafreundliche Großveranstaltung“ abhalten - eine Augenauswischerei. Hingegen wäre eine Absage der Airpower ein starkes Signal, ein Paukenschlag für den Klimaschutz.

Alternativveranstaltung

Wir meinen es sollte stattdessen eine Veranstaltung mit einem völlig anderen Konzept geben. Bei dieser Veranstaltung sollen die – im Zusammenhang mit dem Klimawandel besonders wichtigen – Katastrophenschutz-Einsätze und -kapazitäten des Bundesheeres,

der Feuerwehr und anderer Rettungs- und Hilfsorganisationen im Mittelpunkt stehen.

Diese Einsätze sollten durch Vorträge und Informationen von KlimaschutzexpertInnen begleitet werden. Veranstaltungsort sollten mehrere Gemeinden des Murtals sein. Diese Veranstaltungen sollten, wie eine kleine Landesausstellung, über einen längeren Zeitraum stattfinden. Das würde den Klimaschutzgedanken in der Bevölkerung stärken und auch eine touristische und wirtschaftliche Bedeutung für unsere Region haben.

Eine solche Veranstaltung sollte in regelmäßigen Abständen wiederholt werden. Damit würde ein Bildungsauftrag erfüllt und ein fixer touristischer Bestandteil geschaffen. **Die KPÖ hat ein Konzept für eine solche Alternativveranstaltung ausgearbeitet, alle Zeltweger Gemeinderät-Innen informiert und nebenstehenden Antrag eingebracht.**

Dem Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ keine Dringlichkeit zuerkannt, er kam nicht auf die Tagesordnung. Nur die Grünen stimmten für unseren Antrag. Die anderen Fraktionen haben keine Stellungnahme zu unserem Konzept abgegeben.

In Spielberg hat der Gemeinderat einen ähnlichen Antrag beschlossen, in anderen Gemeinden wurde er zwar ebenfalls nicht auf die Tagesordnung aufgenommen. Dennoch gibt es aus allen Parteien Stimmen, die über unsere Vorschläge diskutieren wollen. Die Auswirkungen des Klimawandels lassen ein beginnendes Umdenken erkennen.

Der Antrag der KPÖ

➔ Der Gemeinderat beauftragt den Umweltausschuss Überlegungen für ein Konzept für eine ökologisch sinnvolle und wirtschaftlich nachhaltige Alternativveranstaltung zur Airpower in der Region Murtal anzustellen.

Dafür soll auch mit der Gemeinde Spielberg Kontakt aufgenommen werden, dort wurde ein entsprechender Antrag bereits beschlossen. Ein mit anderen Murtalgemeinden abgestimmtes Konzept soll dem Verteidigungsministerium und der Bundes- und Landesregierung vorgelegt werden.

➔ Der Gemeinderat fordert das Verteidigungsministerium, die Bundes- und die Landesregierung auf, eine ökologisch sinnvolle und wirtschaftlich nachhaltige Alternativveranstaltung zur Airpower im Murtal inhaltlich, planerisch und finanziell zu unterstützen.



Steuerreform: Geschenke an die Wirtschaft und wenig Mut zum Umweltschutz

Die präsentierte Steuerreform der Bundesregierung wird zwar als „ökologische Wende“ verkauft, ist aber in erster Linie eine Entlastung für Unternehmen und Konzerne.

Wenn man wissen will, was von einer Maßnahme zu halten ist, ist man gut beraten sich anzusehen wer darüber jubelt. Im Fall der Steuerreformpläne gab es Beifall von der Wirtschaft und viel Kritik von Umweltorganisationen.



Die KPÖ begrüßt grundsätzlich das Vorhaben, Anreize zum Verzicht auf umwelt- und klimaschädliches Verhalten zu schaffen. Doch ob das mit dem vorgeschlagenen Modell gelingt ist mehr als fraglich. Warum sollte eine Erhöhung der Energiepreise, die durch ein eher willkürliches Rückzahlungsmodell wieder abgegolten werden zu weniger Umweltbelastung führen?

Wo bleiben notwendige Schritte, wie z.B. die Aufhebung des Steuerprivilegs für Diesel zu Gunsten der Transportunternehmen oder die Besteuerung von Flugbenzin? Wo bleibt der sofortige und massive Ausbau des öffentlichen Verkehrs? Die Förderung von Nahversorgung und regionaler Produktion mit Arbeitsplätzen in Wohnortnähe?

Viele Menschen haben in der Krise ihre Arbeit verloren, waren in Kurzarbeit und haben ihre Ersparnisse aufgebraucht. Diese Steuerreform führt zur Erhöhung der Wohn- und Lebenskosten und wird daher die soziale Ungleichheit vertiefen. Wer ein geringes Einkommen hat, muss noch mehr davon zur Abdeckung seiner Grundbedürfnisse aufwenden, ohne von den Steuerentlastungen für höhere Einkommen zu profitieren.

Statt einer Vermögenssteuer zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen gibt es durch die Senkung der Körperschaftssteuer ein millionenschweres Steuer Geschenk für Unternehmer und Konzerne.

Die Körperschaftssteuer wird innerhalb von zwei Jahren von 25 auf 23 Prozent gesenkt. Bis 2005

betrug die KöSt noch 34 Prozent. **Durch** die schrittweise Senkung der Besteuerung von Unternehmen stammt ein immer größerer Anteil der öffentlichen Einnahmen aus der Besteuerung der arbeitenden Menschen.

Die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge ist ein gewagtes Spiel. Gerade die Coronakrise hat gezeigt, dass es durch unvorhersehbare Ereignisse schnell zu großen Ausfällen bei den Einnahmen kommen kann. Während die Ausgaben gleichbleiben oder, etwa im Falle einer Pandemie, sogar massiv steigen. Ohne die entsprechenden Einnahmen kommt es schnell zu Leistungskürzungen und noch mehr Selbstbehalten.



Statt Steuer Geschenke für Unternehmer und Konzerne brauchen wir Mittel zur

Absicherung von Gesundheit und Pflege. Denn neben der Klimakrise stecken wir auch inmitten einer Pflegekrise, die ebenfalls gravierende Folgen haben wird.

Afghanistan: Krieg und nichts als Leid und Elend

20 Jahre haben die USA und ihre NATO-Verbündeten Krieg in Afghanistan geführt. Dabei ging es nie um Freiheit und Demokratie, sondern um geopolitische Interessen, um den Zugang zu Rohstoffen und Märkten.

Zwischen 3,2 und 4 Billionen(!) Dollar hat der Krieg gekostet. 4.000.000.000.000 Dollar, das ist das zwanzigfache des Jahreshaushalts der Republik Österreich. Wenn auch nur ein Teil davon in die Entwicklung Afghanistans gesteckt worden wäre, wäre das heute ein blühendes Land. Stattdessen wurde vor allem die Rüstungsindustrie gefördert.

Durch Besatzermentalität und Drohnenangriffe, die zu tausenden zivilen Opfern geführt haben, haben die USA und ihre Verbündeten die Taliban wieder stark gemacht. Den Preis dafür bezahlen die Menschen in Afghanistan, viele werden flüchten.

Für die USA endet ihr längster Krieg mit einer Niederlage. Die USA sollten sich mit ihren eigenen

zahlreichen sozialen Problemen beschäftigen und aufhören „Weltpolizist“ zu spielen. Auch einen neuen „Kalten Krieg“ mit China oder Russland kann die Menschheit nicht brauchen.

Das Beispiel Afghanistan zeigt mehr als deutlich, dass die Kriege der NATO den Menschen, denen angeblich Demokratie und Freiheit gebracht werden sollten, nichts als Leid und Zerstörung hinterlassen. Nur die die Profite der Waffenproduzenten stiegen ins Unermessliche.

Die Kriegsgefahr ist weltweit in den letzten Jahren gestiegen. Auch das neutrale Österreich beteiligt sich an Einsätzen der NATO, unter anderem in Mali. Dabei wäre es gerade jetzt wichtig, die Neutralität ernst zu nehmen und für eine friedliche Welt einzutreten!

Nachtrag: Abrüstung, Abbau von militärischen Einrichtungen und die Verhinderung von Kriegen würden zu enormem Energie- und Ressourceneinsparungen führen und wären der beste Klimaschutz!

Was ist der Equal Pay Day?

Männer haben an diesem Tag – 2021 ist es in der Steiermark der 20. Oktober – im Durchschnitt bereits jenes Einkommen erreicht, für welches Frauen noch bis zum Jahresende arbeiten müssen – also 73 Tage länger! In der Steiermark erhalten ganzjährig vollzeitbeschäftigte Frauen um durchschnittlich 19,8% weniger Gehalt als Männer, im Murtal sind es sogar 22,7%!

Viele Fallen auf dem Weg zur Pension

In Österreich erhalten Frauen durchschnittlich 851 Euro im Monat weniger Pension als Männer. Die Ursachen dafür sind vielfältig und reichen von Karenzzeiten und Teilzeitjobs bis hin zu einem geringeren Verdienst als Männer.

Jungen Frauen ist oft nicht bewusst, dass sich Kindererziehungszeiten und Teilzeitarbeit negativ auf ihre Pension auswirken, ebenso wie eine Berufswahl im Care-Bereich wie z.B. Elementarpädagogin, Pflegehelferin oder Sozialarbeiterin, denn diese Berufe werden viel zu schlecht bezahlt.

Hinzu kommen geringere Aufstiegschancen in allen Branchen, denn besser bezahlte Leitungspositionen übernehmen nach wie vor überwiegend Männer. Wenn Angehörige zu pflegen sind, ist das hauptsächlich „Frauenarbeit“. Die wird aber nicht bezahlt und lässt kaum die Möglichkeit parallel dazu Vollzeit zu arbeiten. Letztendlich führt all das dazu, dass viele Frauen trotz jahrelanger Berufstätigkeit nicht von ihrer Pension leben können.

Alles nur ein Zufall?

Die schlechtere Bezahlung von Frauen ist ein Unrecht, aber dieses Unrecht ist auch politisch gewollt. Wenn Frauen das gleiche leisten aber weniger dafür bekommen, dann bedeutet das einen Extra-Profit für die Unternehmen. Hier geht es um Milliardenbeträge, die sich die Unternehmen sparen und die den Frauen vorenthalten werden. Weil es hier um Wirtschaftsinteressen geht, ist die Politik auch nicht wirklich bemüht Gerechtigkeit zu schaffen.

Es geht auch anders

Island hat 2018 kurzerhand per Gesetz verboten, Frauen für gleiche Arbeit schlechter zu bezahlen: Der sogenannte "Equal Pay Act" verpflichtet Unternehmen zu belegen, dass sie ihre Beschäftigten gerecht bezahlen. Wer Frauen schlechter bezahlt, wird bestraft.

Was wir brauchen – was wir fordern!

- ☞ Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- ☞ Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ☞ Frauen vor Armut schützen
- ☞ Mindestlehrlingsentschädigung
- ☞ Selbstverständliche Väterkarenz
- ☞ Höhere Bezahlung und bessere Rahmenbedingungen für alle, die im Care-Bereich beschäftigt sind
- ☞ Das Recht auf einen kostenlosen, ganztägigen und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsplatz

Graz – KPÖ wird stärkste Partei



Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Graz hat alle überrascht. Die KPÖ, mit Spitzenkandidatin Stadträtin Elke Kahr wurde mit 29% zur stärksten Partei.

Elke Kahr steht, wie die ganze

KPÖ, für eine Politik, die die Anliegen der Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Interessen der Wirtschaft. Eine Politik, die Projekte an ihrem Nutzen für die Menschen beurteilt und nicht am eigenen Prestige.

So konnte die KPÖ in Graz in der Vergangenheit gemeinsam mit der Bevölkerung z.B. den Verkauf der Gemeindewohnung oder eine teure Olympiabeteiligung verhindern. Gleichzeitig hat die KPÖ dafür gesorgt, dass soziale Themen nicht untergehen.

Wir gratulieren Elke Kahr und der KPÖ-Graz herzlich zu ihrem großartigen Erfolg, der auch über Graz hinaus zeigt, dass eine andere Politik möglich ist.



Es ist an der Zeit: Nimm Dir ein Herz und werde KPÖ-Mitglied!

Die KPÖ Steiermark zeigt: Eine andere Politik ist möglich – mit Freundlichkeit, Solidarität und Widerstand! Damit es schon bald in vielen Orten in der ganzen Steiermark Erfolge wie in Graz geben kann, brauchen wir auch Dich:

Der richtige Zeitpunkt, aktiv zu werden, ist jetzt.

Werde Mitglied der KPÖ und hilf tatkräftig mit, die soziale Alternative in der ganzen Steiermark weiter aufzubauen.

Schreib uns eine Mail oder ruf uns einfach an!

☎ 03512 822 40

✉ knittelfeld@kpoe-steiermark.at

Arbeitslosengeld: 55% vom letzten Einkommen sind zum Leben viel zu wenig! Volksbegehren zur Erhöhung unterstützen!

Derzeit befindet sich ein Volksbegehren in der Einleitungsphase, das die Erhöhung des Arbeitslosengeldes fordert. Derzeit liegt die Nettoersatzrate, also der Anteil vom letzten Lohn, der ausbezahlt wird bei 55%. Das ist viel zu wenig.

Die Corona-Krise hat mit aller Deutlichkeit gezeigt: Es kann jeden und jede treffen. Die Arbeitslosigkeit ist auf ein Rekordniveau gestiegen. Arbeit zu finden war im vergangenen Jahr fast unmöglich. Nun verbessert sich die Situation. Aber im Juni waren österreichweit immer noch 289.000 Menschen ohne Arbeit. Dem gegenüber gab es nur rund 109.000 offene Stellen.

Armutsfalle

Egal wieviele Menschen betroffen sind, wer arbeitslos ist wird schnell von Armut bedroht. Oft bleibt vom Arbeitslosengeld nach Abzug der Fixkosten nichts mehr übrig, Ersparnisse sind schnell aufgebraucht. 36% der Arbeitslosen sind akut von Armut bedroht.

Nun fordert Arbeitsminister Martin Kocher noch mehr Sanktionen für Arbeitslose. So soll künftig das gesamte Monatsgeld gestrichen werden können wenn ein Jobangebot ausgeschlagen wird. Wie die Menschen dann ihre Miete und ihre Lebenshaltungskosten bezahlen sollen sagt der Minister, der im Monat rund 18.000 Euro brutto verdient, nicht.

Solche Forderungen dienen dazu die Menschen zu spalten. Es wird bewusst der Eindruck vermittelt viele der Arbeitslosen wollten gar nicht arbeiten. Anstatt Arbeitsplätze mit fairer Bezahlung werden Feindbilder geschaffen. Dabei belegen unzählige Studien, dass Arbeitslosigkeit eine schwere psychische Belastung ist. Zukunftsängste und das Gefühl nichts mehr wert zu sein quälen viele.

Höheres Arbeitslosengeld ist gut für Alle

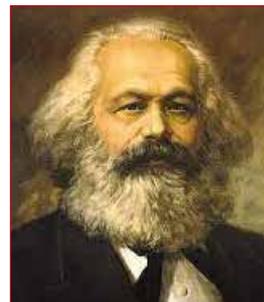
Durch ein niedriges Arbeitslosengeld und Sanktionen werden Menschen gezwungen auch sehr schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Das freut natürlich die Unternehmer, die möglichst wenig bezahlen wollen. Der Niedriglohnsektor wächst. Ein höheres Arbeitslosengeld erlaubt es Arbeitslosen hingegen nach einer passenden Stelle zu suchen.

Das stärkt auch die Verhandlungsposition aller arbeitenden Menschen, die nicht ständig befürchten müssen durch billigere Arbeitskräfte ersetzt zu werden. Ein höheres Arbeitslosengeld ist also für alle wichtig. Nicht nur weil es jeden und jede treffen kann, sondern weil ein niedriges Arbeitslosengeld auch zu niedrigeren Löhnen führt.

Auf Initiative der KPÖ hat der Gemeinderat vor mehreren Monaten einstimmig eine Resolution mit der Forderung nach Anhebung des Arbeitslosengeldes beschlossen. Das Volksbegehren kann am Gemeindeamt oder Online unterzeichnet werden.

„Es muss doch etwas faul sein im Innersten einer Gesellschaft, die ihren Reichtum vermehrt, ohne ihr Elend zu verringern.“

Karl Marx



Neutralität?

Kooperation Bundesheer - US Armee

Kurz vor dem Jahrestag des Beschlusses der immerwährenden Neutralität, dem 26. Oktober hat das österreichische Bundesheer eine verstärkte Kooperation mit der US-Nationalgarde verkündet.

Seit Jahrzehnten wird die Neutralität nicht mehr ernst genommen, anstatt in Konflikten als Vermittler aufzutreten, beteiligt sich Österreich an NATO-Einsätzen und an der Militarisierung der EU.

Der Neutralitätsbruch bekommt immer wieder neue Höhepunkte, der neueste davon ist die Zusammenarbeit mit der US-Nationalgarde. Die als Miliz zwar auch bei Katastrophen zur Einsatz kommt, aber vor allem für ihre Rolle zur Bekämpfung von Demonstrationen und sozialen Unruhen bekannt ist und Personal für Kriegseinsätze stellt. An so einer Organisation darf sich das Österreichische Bundesheer kein Vorbild nehmen. Es muss allein für den Schutz der österreichischen Bevölkerung da sein.



Demonstration der KPÖ am Nationalfeiertag 2019. Die Neutralität ist ein Erfolgsmodell auch für die Zukunft.

Eindrucksvoller Protest der Pflegekräfte vor dem Landtag

Ohne bessere Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung sind die Probleme nicht zu lösen.

Hunderte Pflegebeschäftigte haben vorige Woche vor der Sitzung des steirischen Landtags in der Grazer Herrengasse ein eindrucksvolles Zeichen für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege gesetzt. Die Pflegekrise lässt sich nicht mehr leugnen – „es ist fünf nach zwölf“, wie eine Vertreterin der Gewerkschaft in ihrer Rede betonte. Am Nachmittag hat KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler die zuständige Landesrätin Bogner-Strauß (ÖVP) in der Landtagsitzung mit den Problemen konfrontiert.

„Die medizinische Versorgung, Pflege und Betreuung von Menschen ist eine schöne, aber auch sehr schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Dafür wollen wir faire Arbeitsbedingungen und endlich entsprechend entlohnt werden!“, hieß es im Aufruf zur Kundgebung, der trotz Berichten über Einschüchterungsversuche Hunderte gefolgt sind.



Die wichtigsten Forderungen:

- Deutliche Aufstockung der Ausbildungsplätze gegen den Personalnotstand
- Bessere Bezahlung und mehr Freizeit für das Pflegepersonal
- Mehr Personal & Anhebung des Pflege-Schlüssels
- Höhere finanzielle Unterstützung für Menschen in Pflege-Ausbildungen



Pension mit 71? Das ist eine Empfehlung der EU

Im „Grünbuch über das Altern“ regt die EU eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters an. Demnach sollen wir bis 2040 erst mit 71 Jahren abschlagsfrei in Pension gehen dürfen!

Applaus kommt von der Jungen Industrie. Die Kapital-Lobby findet den Vorstoß der EU als „sehr zu begrüßen“. Die KPÖ sieht das ganz anders.

Die Produktivität ist in den letzten Jahrzehnten so enorm gestiegen, dass wir alle nicht länger, sondern wesentlich kürzer arbeiten könnten - wenn die durch die steigende Produktivität erzielten Profite nicht in die Taschen der Konzerne, sondern den Menschen zu Gute kommen würden.

Ein wesentlicher Faktor für gesicherte Pensionen sind hohe Löhne und Gehälter. Ein hoher gesetzlicher Mindestlohn ist eine gute Garantie für ein sicheres Pensionssystem. Außerdem hätten wir noch eine Idee:

Die reichste Prozent der österreichischen Bevölkerung besitzt fast 40 Prozent des Gesamtvermögens. Eine faire Besteuerung großer Vermögen und das Schließen von Steuerschlupflöchern würde Milliardenbeträge fürs Budget bringen.

Die Arbeitswelt wird immer hektischer. Ein höheres Pensionsalters fordern bedeutet in Kauf zu neh-

men, dass immer weniger Menschen halbwegs gesund in Pension gehen können. Die Empfehlung der EU zeigt wieder einmal, dass hier nur die Interessen der Konzerne und nicht die Menschen vertreten werden.

Zum Nachdenken

In regelmäßigen Abständen werden Medien-Kampagnen gestartet, z.B. dass wir uns das Pensionssystem nicht mehr leisten könnten und länger arbeiten müssten. Der Skandal um die Chat-Protokolle gibt tiefe Einblicke wie manche Zeitungsmeldungen zustande kommen und zeigt, wie bestimmte Interessen bedient werden. Daran sollte man in Zukunft denken, wenn wieder Verschlechterungen das Wort geredet wird.



Mutter-Kind-Pass-Unterstützungsfonds der KPÖ

In den Bezirken Murtal und Murau gab es lange nur einen Frauenarzt mit Kassenvertrag - und das für rund 50.000 Frauen. Schwangere Frauen waren gezwungen die gesetzlich vorgeschriebenen Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen bei WahlärztInnen durchzuführen zu müssen.

Für viele sind hohe Arztrechnungen eine große Schwierigkeit, da die Krankenkasse nur einen Teilbetrag rückerstattet. Die Untersuchungen sind aber verpflichtend, ohne sie wird keine Familienbeihilfe ausbezahlt. Die KPÖ hat einen Unterstützungsfonds eingerichtet. Es konnte bereits einigen Frauen geholfen werden. Frauen, die von **1.1.2019 bis 6.1.2020** Wahlarztekosten für den Mutter-Kind-Pass hatten, können eine Unterstützung von maximal 200 € beantragen.



Einkommengrenzen

Einpersonenhaushalt: € 1208, bei zwei Erwachsenen:
€ 1812, die Grenze erhöht sich pro Kind um € 403.

Anträge

In der **KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld**, bei **KPÖ-GR Josef Meszlenyi** (knittelfeld@kpoe-steiermark.at oder 03512/82240)

Minex: Wie geht es weiter?

Die Diskussionen um eine mögliche Asbestgefahr durch das geplante Minex-Werk in Zeltweg reißen nicht ab. Bekanntlich haben die Bürgermeister von Knittelfeld, Judenburg, Fohnsdorf, Spielberg und Zeltweg im Vorjahr um 32.000 Euro aus den Gemeindekassen ein Gutachten in Auftrag gegeben und danach erklärt, dass von Minex keine Gefahr ausgehe.



Die Bürgerinitiative für ein Lebenswertes Aichfeld kritisiert, dass viele Punkte in der Beurteilung des Projekts nicht berücksichtigt wurden.

Die Grünen Zeltweg haben ihrerseits ein Gutachten in Auftrag gegeben, das auf die mögliche Anreicherung des Bodens mit Asbestfasern eingeht.

Für Laien ist die Lage schwer zu beurteilen. Uns erscheint wesentlich, was Dr. Ernst Deu, Arzt und Vizebürgermeister von Weißkirchen, in der Pressekonferenz gesagt hat: Es gibt eine bereits vorhandene Hintergrundbelastung mit Asbestfasern in unserer Luft. Diese Belastung ist fast ausschließlich menschengemacht und auf die Asbestverarbeitung der vergangenen Jahrzehnte zurückzuführen. Die WHO hat keine Grenzwerte für Asbest festgelegt, weil jede einzelne Faser tödlich sein kann. Darum ist jede Art von Asbestausstoß zu vermeiden.

Das Minexwerk würde die vorhandene Hintergrundbelastung erhöhen. Das ist unbestritten. Jede Asbestfaser ist eine zuviel. Das ist der zentrale Punkt, weswegen es wichtig ist genau darauf zu achten.

Es gibt keine Untersuchung wie hoch derzeit die Hintergrundbelastung mit Asbestfasern in unserer Region ist. Eine solche Untersuchung soll erst nach Inbetriebnahme des Minexwerks erfolgen. Das ist widersinnig. Wie soll man beurteilen wie sich das Minexwerk auf die Asbestbelastung auswirkt wenn man den Anfangswert nicht kennt? Deshalb müsste es jetzt zu Untersuchungen kommen.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-Bezirkssekretär Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 10. November

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,
Voranmeldung: 03512/ 82240

Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
KPÖ-Parteiheim Knittelfeld, Friedensstr. 10,
ab 18.00 Uhr
Es gelten die 3G-Regeln